

Appell an unsere Mitglieder und Mitgliedsinstitutionen

Wir wissen: Sie persönlich, Ihre Institution, sie sind den Kinderrechten, dem Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Gewalt besonders verpflichtet. Tagtäglich setzen Sie sich für den Kinderschutz in Ihrem Kontext und Verantwortungsbereich konsequent ein. Es bedrückt Sie wie uns, dass die Kinder und Jugendlichen in höchster Not in den Flüchtlingslagern in Südeuropa, in Todesangst auf den Booten im Mittelmeer, oder unter brutaler Gewalt ausgeliefert in den Lagern in Libyen leiden. Sie verschließen nicht Ihre Augen und Ohren; Hinsehen und Helfen ist prinzipiell Ihr Ansinnen, wenn Kindeswohlgefährdung droht oder unübersehbar ist.

Sie wissen: In griechischen Flüchtlingscamps harren im Moment mehr als 40.000 Geflüchtete unter katastrophalen Bedingungen aus, unter ihnen etwa 4.000 unbegleitete Minderjährige. Anstatt wie Gleichaltrige zur Schule zu gehen, müssen sie unter undichten Zeltplanen Stürme und Regen aushalten. Anstatt zu spielen, verbringen sie mehrere Stunden pro Tag mit dem Warten auf eine einzige warme Mahlzeit, die sie nicht einmal sicher erhalten. Wenn überhaupt, können sie nur unter unwürdigsten, ja, gefährlichen Bedingungen für ihre Hygiene sorgen. Psychische Gewalt und Vernachlässigung ist die Regel, das Risiko, Opfer von Misshandlung und sexualisierter Gewalt zu werden, ist allgegenwärtig. Mit all den bekannten grausamen Folgen für die Kinderseele. Die mehrheitlich bereits traumatisierten Mädchen und Jungen brauchen dringend professionelle Hilfe, Die lokalen Verantwortlichen sind völlig überfordert. Für Sie – für uns – ist es unerträglich, die Handybilder und -filme zu sehen, die Reportagen und die O-Töne der Verzweiflung der Menschen dort mitzuhören, oder digital übermittelt zu lesen.

Lassen wir uns nicht lähmen: Helfen Sie bitte mit, schreiben Sie an ihre Abgeordneten, damit die Kinder und Jugendlichen in den Flüchtlingslagern auf den griechischen Inseln evakuiert und – unabhängig von der Haltung anderer europäischer Länder – nach Deutschland geholt werden. Machen Sie dabei mit, den nötigen politischen Druck zu entfalten, damit der Innenminister seinen Widerstand aufgibt und den breiten Willen der human denkenden Menschen in unserem Land Gehör verschafft, die den Kindern in Griechenland helfen wollen.

Wir würden uns freuen, wenn Sie zum Beispiel den Bündnissen „Seebrücke vor Ort“ Unterstützung signalisieren oder andere Initiativen unterstützen, die sich in den Kommunen und Landkreisen für die Aufnahme von Mädchen und Jungen einzusetzen.

Das könnten Ihre Beiträge als Expert_innen für Kinderschutz und Kinderrechte sein:

- Schreiben Sie an Ihre Bundestags- und Landtagsabgeordneten, um sie aufzufordern, sich für eine Luftbrücke zur Rettung der Kinder und Jugendlichen aus dem Lager Moria nach Deutschland einzusetzen. Gerne können Sie auch den offenen Brief der DGfPI mitunterzeichnen.
- Unterstützen Sie mit ihrer Expertise als Kinderschützer und Ihrer guten Reputation die Initiative [#LeaveNoOneBehind](#) und [#WirHabenPlatz](#).
- Bringen Sie in Erfahrung, wie viel freier Platz in den Unterkünften für Geflüchtete vor Ort vorhanden sind und welche Ressourcen in den Jugendhilfeeinrichtungen in ihrer Region bereitgehalten oder in kurzer Zeit aufgebaut werden können. Und erkundigen Sie sich bitte über die Bereitschaft, z.B. des Kinderschutzbundes oder kirchlicher Träger, Vormundschaften für Minderjährige zu übernehmen. Nehmen Sie Gelegenheiten wahr, diese Informationen öffentlich zu machen. Vielleicht können Sie persönlich eine entsprechende Bereitschaft bekunden.
- Bieten Sie sich als Referent_innen, als Redner_innen auf Veranstaltungen mit Ihrer Fachexpertise für Kinderrechte, Kinderschutz und Hilfe nach Traumatisierung an. Beteiligen Sie sich mit schriftlichen oder Audio-Beiträgen und Stellungnahmen im Rahmen von Öffentlichkeitsarbeit für den Schutz geflüchteter Minderjähriger über digitale Medien, solange die Corona-Bedingungen Versammlungen und Demonstrationen verbieten.

Wir können zusammen erreichen, dass die schutzlosen Kinder und Jugendlichen aus den grausamen Lagern evakuiert und mit einer Luftbrücke nach Deutschland geholt und zudem so auch vor dem Corona-Virus geschützt werden. Bei „gestrandeten“ Touristen und Erntehelfer_innen ging es doch auch. Letztlich sind es Taten, nicht Worte, die zählen beim Umgang mit der großen Not der Menschen an den Außengrenzen Europas. Das ist die Nagelprobe dafür, ob die Würde des Menschen und die universalen Menschen- und Kinderrechte von unseren Mandatsträgern wirklich ernst genommen werden.



Prof. Dr. Wolfgang Feuerhelm
Vorstandsvorsitzender DGfPI e.V.